

Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 10 Uhr des Ausgabestages. Bezugspreis monatlich 4.25 M., im voraus zahlbar, durch die Post bezogen monatlich 4.30 M. Einzelne Nrn. 20 Pfg. Inseratenpreis 1 Zeile 43 mm breit 75 Pfg., Reklamezeilenpreis 2 M., die dreifache Zeile im amtlichen Teile 1.50 M. Nachweisungsgebühr 25 Pfg. Nachlaß nach festem Tarif.

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. A. Schönbauer

Waldenburger Anzeiger.

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.

Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpfwirler Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Frau Emma verw. Stiegler; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Vinus Friedemann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Gemeindefonds- und Giro-Konto Waldenburg Nr. 16. — Bankkonto Bezeichnung zu Goldschmied Waldenburg i. Sa.

Postfachkonto beim Postamt Waldenburg Nr. 4438.

Zugleich weit verbreitet in den Ortspfanden der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bäumsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Doerwinkel, Reichenbach, Kemse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 137.

Donnerstag, den 17. Juni

1920.

Witterungsbericht aufgenommen am 16. Juni, Mittags 12 Uhr: Barometerstand 763 mm reduziert auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 24° C. (Morgens 8 Uhr + 23° C. Tiefste Nachttemperatur + 9° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lamprechts Polymeter 25%. Taupunkt + 5°. Windrichtung Nordost. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,0 mm. Daher Witterungsaussichten für den 17. Juni: Vorwiegend heiter.

Ämmtlicher Teil.

Quark

heute Mittwoch Nachmittag bei Börnigen und Schred auf Mai-Markte D der Landesperkarte an die Karteninhaber

Nr. 601—810 je 75 Gramm, Pfund 2.40 M.

Waldenburg, den 16. Juni 1920. Der Stadtrat.

Schutttabladeplatz

ist bis auf weiteres auch die städtische Wiese rechts an der

Staatsstraße nach Glauchau neben der dortstehenden Scheune.

Waldenburg, den 15. Juni 1920. Der Stadtrat.

Fortdauer der Regierungskrisis in Berlin.

Trimborn setzt seine Bemühungen, ein Kabinett zu bilden, fort.
Das Reichsdefizit wächst weiter.
In der Reichsschulkonferenz wurde über die Lehrerbildung verhandelt.
Die Sicherheitspolizeibeamten Deutschlands lehnen das Streikrecht ab.
Erzberger verzichtet nicht auf sein Mandat.
In der Zigarrenindustrie ist eine Krisis eingetreten.
Der Anschluß Koburgs an Bayern erfolgt am 1. Juli.
Der Haushaltplan von Frankfurt hat einen Fehlbetrag von 50 Millionen Mark.
In Gleiwitz begingen die Franzosen eine neue Gewalttat.
In Danzig wurde die verfassunggebende Versammlung eröffnet.
In Oesterreich wurde ein Geschäftministerium gebildet.
In Orient kam es zu blutigen Streikunruhen.
Die Gerüchte von einer Gegenrevolution in Moskau werden nicht bestätigt.
Die rote Armee hat Kiew wieder besetzt.
In Bakum wurden drei Generale von den Bolschewisten ermordet.
In Persien wurde eine Sowjetregierung eingesetzt.

Waldenburg, 16. Juni 1920.

Reichspräsident Ebert hat den Zentrumsführer Dr. Trimborn mit der Bildung eines neuen Reichskabinetts beauftragt, nachdem dies weder dem Reichskanzler Herrmann Müller, noch dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze gegliückt war. Ob Trimborn mehr Erfolg haben wird, steht dahin. Die Demokraten verhalten sich ablehnend; auch der Bildung eines Fachministeriums setzen sie Widerstand entgegen. In der französischen Presse werden bereits Stimmen bemerkbar, die den Untergang Deutschlands herbeiwünschen. Sie sagen, daß man niemals soviel gewonnen haben werde, als wenn das deutsche Staatsgeschiff mit Mann und Ladung unterginge, dann sei Frankreich wenigstens vom Bismarckischen Reich befreit.

Dem deutschen Volke fehlen leider Männer von starkem Willen und festem Ziel, die es führen. Uns fehlt ein Staatsmann, der nicht nur die notwendigen Aufgaben im politischen Leben klar erkennt, sondern auch die richtigen und möglichen Mittel für ihre Verwirklichung anzuwenden versteht. Die Politik der Halbheit, die wir vor und im Kriege hatten, besteht auch heute noch. Heute herrscht die Fürsorge für die Arbeiter vor, und das ist ja wohl nach der sozialistischen Revolution erklärlich gewesen. Aber richtiger sind die folgenden Tatsachen: Wenn wir die deutsche Arbeiterbevölkerung mit 30 Millionen Seelen annehmen, so ist das erst die Hälfte des deutschen Volkes. Wenn die andere Hälfte, das Bürgertum, unter der harten Zeit verlümmert, so bleibt auch für die Arbeiter keine Existenzmöglichkeit, und für das ganze Deutschland keine Leistungsfähigkeit. Das muß sich auch der überzeugteste Unabhängige sagen. Wenn die Vermögenswerte des Bürgertums aufgezehrt und aufgesteuert sein werden, dann ist die Sozialisierung oder der Kommunismus auf das Eigentum der Arbeiter angewiesen, und deren große Mehrheit wird sich dafür bedanken.

Ein weitblickender Staatsmann, der Deutschland im Innern aufbauen will, kann dies nur dadurch erreichen, daß er das ganze Volk wieder leistungsfähig macht, auch für das Bürgertum wieder den Grundriß aufstellt: Leben und leben lassen. Und weil nicht jedem Deutschen ein Mindestein-

kommen von 10.000 M., wie es sehr viele Arbeiter beziehen, in den Schoß geworfen werden kann, so bleiben nur Arbeit und Entschädigung nach der Leistung. Sparsamkeit und Selbstgenügsamkeit übrig. Wir denken auch von den sozialdemokratischen Ministern nicht so gering, daß sie das nicht einsehen sollten, aber keiner hat die Energie bewiesen, ernstlich dieser Aufgabe näher zu treten.

Den bürgerlichen Staatsmännern wohnt vielleicht ein stärkerer Wille inne, zu einer zielbewußten Reichswirtschaft zu gelangen, aber es ist nicht ein einziger da, welcher ein so großes politisches Ansehen besitzt, daß alle bürgerlichen Parteien auf ihn hören und geschlossen für ihn eintreten würden. Und ohne eine solche Einigkeit ist nichts anzufangen. Soll es wirklich der Not überlassen bleiben, uns die Einigkeit und den Staatsmann, den wir beide gebrauchen, zu schaffen? Was heute die Beförderung hindert, ist der Mangel an Entschlossenheit. Nicht wenige Staatsmänner lieben auch an der Ueberzeugung ihrer Theorie. Ja, wenn Bismarck von 1864—1870 derjenige geblieben wäre, der er 1847—1850 war, und wenn er nicht die Entschlossenheit des Augenblicks besessen hätte, so hätten wir heute noch kein Deutsches Reich. Und ebensowenig werden wir heute zu einem Wiederaufbau kommen, wenn unsere Minister und die, welche es werden wollen, seit dem 9. November 1918 nichts gelernt haben. Auch die Buchstaben des Erfurter Programms der Sozialdemokratie bauen Deutschland nicht wieder auf.

Mit unserem Mangel an durchgreifenden und entschlossenen Staatsmännern stehen wir heute nicht ver einzelt da. Es ist fast überall nicht besser, und in Italien hat man ja jetzt den 76jährigen Giolitti wieder an die Spitze des Staates geholt, weil trotz des siegreichen Krieges alle Minister erstaunlich schnell abgewirtschaftet haben. Wer weiß, ob in Paris in absehbarer Zeit nicht wieder nach dem greifen Clemenceau gerufen werden wird. Auch mit dem Ansehen des Präsidenten Wilson ist es vorbei, und Lloyd George in London ist der einzige, der noch einigermaßen fest auf den Füßen steht.

Unsere heutigen regierenden Männer stellen ihre Parteiziele über die Interessen des Vaterlandes und daran wird es wie einst Polen zugrunde gehen, wenn es nicht gelingt, Männer von Einsicht und Tatkraft an die Spitze zu bringen, denen das Wohl des gesamten Volkes oberstes Gesetz ist.

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

In der Sonntagssitzung der Mehrheitssozialisten in Berlin wurde auch die Frage einer Aufhebung bzw. Abschwächung der von der Nationalversammlung angenommenen sozialen Gesetze und der Steuergesetze eingehend besprochen. Sämtliche Redner zu diesem Thema verlangten, daß die Abschwächung bzw. Aenderung der sozialpolitischen Gesetze durch eine bürgerliche Regierung die Kampfaufnahme des gesamten Proletariats gegen das Bürgertum und den Generalstreik der deutschen Arbeiterchaft zur Folge haben müsse.

Am Sonntag haben wieder in Berlin, Potsdam und Spandau radikale Eisenbahnerversammlungen stattgefunden, die von linksstehenden Putschisten einberufen waren. Alle Redner forderten die Eisenbahner auf, sich bereit zu halten, da wichtige Entscheidungen der gesamten deutschen Arbeiterchaft bevorstünden.

Auf dem in Stettin tagenden zweiten Vertretertag des

Wirtschaftsverbandes der Beamten der Sicherheitspolizeien Deutschlands wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der sie das Streikrecht für sich ablehnen.

Der deutschen Friedensabordnung in Paris ging eine Note Millerands zu, in der die deutsche Regierung an Artikel 205 des Friedensvertrages erinnert wird. Dieser Artikel verpflichtet Deutschland zu Angaben, welche zur Kontrolle über die Vernichtung der deutschen Kriegsschiffe notwendig sind.

Helfferich hat der Parteileitung der Deutschnationalen Partei in Braunschweig mitgeteilt, daß er auf Grund bestimmter Erwägungen innerhalb der Parteileitung sich entschlossen habe, die auf ihn gefallene Wahl in Hessen-Nassau anzunehmen. Damit treten in den Wahlkreisen Braunschweig, Hannover Süd und Hamburg Ersatzkandidaten an Stelle Helfferichs.

Der Haushaltplan der Stadt Frankfurt a. M. für 1920/21 ergibt einen Fehlbetrag von 50 Millionen Mark. Der Fehlbetrag des Lebensmittelamts beträgt allein 11 Millionen Mark. Durch eine falsche Einkaufspolitik sind Millionen verloren gegangen. Das Lebensmittelamt hat eingekauft, als die Valuta am niedrigsten war und ist jetzt mit Millionen dadurch belastet.

Der Reichsrat nahm in seiner letzten Sitzung den umfangreichen Entwurf von Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz an. Ein Exemplar dieses Entwurfes kommt also nicht weniger als 100 M. zu stehen. Die Materie war so schwierig, daß erst jetzt, ein halbes Jahr nach Veröffentlichung des Gesetzes, die Ausführungsbestimmungen fertiggestellt werden konnten. Der Ausschuß hat darüber in vier Sitzungen beraten und nochmals alle Bedenken erwogen, die gegen das Umsatzsteuergesetz im ganzen schon früher geäußert worden sind.

In der Reichsschulkonferenz wurde am Montag von 40 Rednern über die Fragen der Lehrerbildung gesprochen. Dem jetzigen System wurde die Förderung entgegengestellt, daß alle Lehrer, die der höheren wie der Volksschulen, gleiche Vorbildung haben sollten. Fast allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch die Volksschullehrer Hochschulbildung haben müßten, doch blieb hier die Ansicht, neben den Universitäten eine besondere pädagogische Hochschule zu gründen, vorherrschend. Nach der Aussprache kamen die fünf Berichtserstatler nochmals zum Wort. Dann vertagte sich die Versammlung auf Donnerstag zur Entgegennahme der Berichte der Ausschüsse.

Das Reichsdefizit wächst wie Unkraut nach dem Regen. Auf 18 Milliarden war es für 1920 veranschlagt. Aber das stimmt heute schon nicht mehr, im Mai war es bereits um zwei Milliarden mehr, als vor Beginn des Etatsjahres ausgerechnet worden war. Das Sparen ist eben bei uns eine unbekannt Sache geworden. In den Staaten ist es nicht anders, und auch in vielen Städten nicht.

Nach der „Münchener Zeitung“ soll der Anschluß Koburgs an Bayern nun endgültig am 1. Juli erfolgen. Regierung und Landtag von Koburg hören an diesem Tage auf zu bestehen.

Abg. Erzberger dementierte alle Gerüchte, wonach er sich irgendwie bereit erklärt habe, auf sein Mandat zu verzichten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht folgenden Aufruf: „Wir Deutschen der an Polen abgetretenen Gebiete leiden schwer unter der Trennung vom Vaterlande. Besonders groß ist die Sorge um unsere heranwachsende Jugend, da die deutschen Schulen in schwerer Gefahr sind. Es geht daher